

Türsteher Europas: Migrationskontrolle der EU auf Kosten von Menschenrechten in Afrika

Auf der Suche nach einem besseren Leben machen sich täglich unzählige Menschen aus Afrika auf den Weg nach Europa. Für die EU hat die Migrationskontrolle jedoch spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 höchste Priorität. Deals mit afrikanischen Staaten sollen dafür sorgen, dass diese ihre Grenzen für Flüchtlinge schließen. So soll verhindert werden, dass Migranten Europa überhaupt erreichen.

Die Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg und die Offenburger Initiative Zu-Flucht hatten zu einer Diskussion mit dem Autor und taz-Redakteur Christian Jakob und der Grünen Europa-Abgeordneten und Menschenrechtsexpertin Barbara Lochbihler eingeladen. Dabei wurden die Schattenseiten der aktuellen EU-Politik aufgezeigt.

„Es wird vermutet, dass inzwischen mehr Menschen in der Sahara sterben als im Mittelmeer“, erläuterte Christian Jakob. Am Beispiel des westafrikanischen Staates Niger verdeutlichte er die Folgen der Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Regierungen und der EU. Im Niger bilden die Europäer seit einigen Jahren lokale Sicherheitskräfte aus, um die Migration zu stoppen. Inzwischen werden Durchreisende an Checkpoints und Brunnen regelmäßig kontrolliert. Dies habe dazu geführt, dass Schlepper auf gefährlichere Nebenrouten ausweichen. Ein Unfall käme da einem Todesurteil gleich, so Herr Jakob.

Zwei weitere Dinge bereiten ihm mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen EU und afrikanischen Regierungen Sorge: Zum einen kooperiere die EU sogar mit autoritären Staaten wie dem Sudan, dessen Machthaber al-Bashir mit internationalem Haftbefehl gesucht werde. Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) trainiere beispielsweise mit EU-Geldern die sudanesischen Grenzpolizei. Darüber hinaus würden zahlreiche Maßnahmen aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit bezahlt: „Die Gelder fehlen dann für Projekte im Bereich Bildung oder Trinkwasserversorgung.“

Die Europa-Abgeordnete Barbara Lochbihler bestätigte die Beobachtungen zur Ausrichtung der EU-Politik. Bei einem Besuch im Sudan hätten lokale NGOs ihr gegenüber die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass für die europäische Politik Themen der Sicherheit zunehmend im Fokus stehen, während das Interesse an den Menschenrechtsverletzungen des sudanesischen Regimes abgenommen habe. Frau Lochbihler kritisierte zudem, dass die EU auf kurzfristige Effekte setze: „Die Migranten sollen nicht weiterkommen, aber die Armutsbekämpfung wird vernachlässigt.“ Dabei werde diese Politik von der EU-Kommission oft am Parlament vorbei vorangetrieben, indem sie zum Beispiel als Nothilfe deklariert werde - dann müsse das Parlament nicht zustimmen. Auch schlechte Zustände auf den Fluchtrouten würden bewusst in Kauf genommen: „Die Bilder sollen mögliche Flüchtlinge abschrecken.“

Zum Abschluss plädierte Frau Lochbihler an die Teilnehmenden, bei den Europawahlen im kommenden Mai von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Es bestehe die Gefahr, dass das Parlament deutlich nach rechts rücke: „Dann fehlt ein wichtiger Kontrollfaktor für die Politik der Kommission.“

Nachdem die Teilnehmenden die Gelegenheit hatten, ihre Fragen an die Referenten zu stellen, stand als Fazit des Abends fest: Migration kann nicht verhindert werden, aber sie ist viel gefährlicher geworden. Und die EU hat eine Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen, die dabei begangen werden.